Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Gedenkt unserer großen Toten
Lenin, Liebknecht, Luxemburg!
Blickt in die KPD!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2.20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle und Redaktion Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18699 / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.35 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 22. Januar 1930 — Nummer 18

Ueber 300 000 Erwerbslose in Sachsen

Steigerung um 15 000 in einer Woche / Neues Schwindelmanöver der Sozialfaschisten

Der Landeskongreß der revolutionären Opposition zeigt den Ausweg!

Dresden, 22. Januar.

Wie das Landesarbeitsamt Sachsen meldet, hat die Arbeitslosigkeit in der Woche vom 9. bis 16. Januar 1930 eine weitere Steigerung erfahren. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt 247 074. Damit ist der Vorjahres-Höchststand, der Ende Februar 239 747 betrug, um 3 Prozent übertroffen. Die Zunahme in der Woche vom 9. bis 16. Januar betrug 6,5 Prozent. Zählt man zu den Ziffern des Landesarbeitsamtes die der Erwerbslosen hinzu, die keine Unterstützung bekommen, das sind erfahrungsgemäß 25 bis 30 Prozent, dann beträgt die Gesamtzahl der Erwerbslosen weit über 300 000.

Obwohl in diesem Jahre eine außerordentlich milde Witterung zu verzeichnen ist, liegen die Erwerbslosenziffern weit über denen des Vorjahres. Die Zahl der Erwerbslosen, die infolge der Rationalisierung der Industrie für immer aus den Betrieben hinausgeworfen wurden, haben die Zahl der sogenannten „Saisonarbeiter" bei weitem überstiegen. Obwohl die Erwerbslosigkeit bereits heute eine ungeheuerliche Höhe aufweist, ist

in den nächsten Wochen mit einer weiteren Steigerung ihrer Ziffern zu rechnen.

Die von der Reichsbahn eingeleiteten Massenaktionen — allein im Bezirk Dresden sollen 40 000 Arbeiter aus den Betrieben herausrationalisiert" werden —, die angekündigten Massenentlassungen in der Tabakindustrie, sowie weitere Entlassungen in der Textilindustrie werden die Not der werktätigen Massen weiter steigern. Immer mehr wird auch den breitesten Arbeitermassen klar, daß der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist, seine Lohnsklaven zu ernähren und daß die Voraussetzung zur Besserung der Lage der Arbeitermassen der Sturz des gesamten Systems ist. Angesichts dieser Tatsache ist es ein Hohn auf die Notlage der Erwerbslosen, wenn die Vorstände der Spitzenorganisation der SPD und des ADGB als „Ausweg" aus der „außerordentlich schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt" in einer Entschließung, die sie in einer gemeinsamen Sitzung gestern angenommen haben, erklären, daß **„die Kapitalzufuhr aus dem Ausland eine notwendige Voraussetzung der Besserung ist."** In der Entschließung der Sozialfaschisten heißt es dann weiter:

„Um weiteren Industriezweigen Beschäftigung zu schaffen, sollen Reichsbahn und Reichspost im Hinblick auf ihre im Haag erreichte Beteiligung an der Mobilisierungsanleihe zur beschleunigten Auftragsvergebung veranlaßt werden. Die Ansätze für Bauzwecke und Notstandsarbeiten in den öffentlichen Haushalten sind vorweg zu verabschieden, damit eine vernünftige Verteilung der Aufträge umgehend erfolgen kann. Gleichzeitig mit allen erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit, auch durch verstärkte Fortführung der Notstandsarbeiten muß bei der Gestaltung des Reichshaushalts der gesteigerte Sozialbedarf für Erwerbslosenunterstützung unbedingt sichergestellt werden. Angesichts der großen Zahl langfristiger Erwerbsloser bedarf insbesondere die Krisenfürsorge einer Neuregelung."

Abgesehen davon, daß es ja

gerade die Sozialfaschisten im Reich, in den Ländern und Gemeinden sind, die durch ihre Steuer-, Zoll- und Tarifpolitik, durch ihre Unterstützung der Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmer die Not der werktätigen Massen immer mehr vergrößern,

ist es blanker Schwindel, wenn man den Erwerbslosen erzählen will, daß ihre Lage mit kapitalistischen Methoden verbessert werden könne. Die Erwerbslosen haben noch nicht vergessen, daß es die Sozialfaschisten unter Führung des Koalitionsministers Wissell waren, die den Abbau der Erwerbslosenunterstützung am 3. Oktober 1929 durchpeitschten, sie haben nicht vergessen, daß es die Sozialfaschisten waren, mit deren Hilfe im Reichstag die Zölle weit über das Kriegs- und Bürgerblockniveau hinaus gesteigert wurden. Die Arbeiterschaft hat auch noch nicht vergessen, daß es gerade die Sozialfaschisten waren, die durch ihren Parteigenossen Hilferding ein vom Reichstag bereits in den Grundzügen angenommenes Finanzprogramm auszuarbeiten, **durch das den Unternehmern nach dem Eingeständnis des „linken" Sozdewitz 1 252 000 RM an Steuern erlassen und geschenkt werden sollen, während zur gleichen Zeit die Massensteuern um 550 000 RM erhöht werden.** Das Zündholzmonopol, Erhöhung der Tabaksteuer — beides sind Maßnahmen, die in den betreffenden Industrien bereits zu Betriebsstillegungen und Massenentlassungen geführt haben, da die Unternehmer jetzt in der Lage sind, mit verringerten Belegschaften erhöhte

(Fortsetzung 2. Seite.)

Die Mordhetze gegen die KPD wird fortgesetzt

Arbeiter, antwortet mit Masseneintritt in die Kommunistische Partei!

Dresden, 22. Januar.

Die deutsche Bourgeoisie und die sozialfaschistischen Henker der Arbeiterklasse geben sich gar keine Mühe mehr, zu verschleiern, daß sie zur Durchführung des Youngplanes und zur Rettung des kapitalistischen Systems vor den Anstürmen der Arbeiterklasse den Bürgerkrieg gegen das deutsche Proletariat organisieren. Erst am Sonnabend konnten wir an Hand eines Zitats aus den Dresdner Nachrichten mitteilen, daß sich die deutsche Bourgeoisie und ihre Koalitionsregierung ernsthaft mit der Frage der Einsetzung der Reichswehr gegen die Arbeiterschaft, gegen den „inneren Feind" beschäftigt. Hand in Hand mit diesen Bürgerkriegsvorbereitungen zur blutigen Niederschlagung der Arbeiterklasse geht die

systematische Vorbereitung des Verbots der Kommunistischen Partei.

Auf der einen Seite Belagerungszustand, Zeitungsbeschlagnahme, Haussuchungen in Druckereien usw., auf der andern Seite eine wüste Blut- und Mordhetze gegen die Kommunistische Partei und ihre Funktionäre in all den Zeitungen, die sich die Aufgabe der Verteidigung des kapitalistischen Ausbeuter- und Profitsystems gestellt haben. Die Presse der Sozialfaschisten marschiert dabei an der Spitze. Sie gab den Ton an: **„Blutschuld der Kommunisten", „Moskaus Befehle werden durchgeführt", „Moskau will Blut"** — so schrie es täglich in großen Lettern aus ihren Spalten. Die kapitalistische Presse hat die Bälle, die ihnen die Sozialfaschisten, und besonders die „Linken", zugeworfen haben, begeistert aufgegriffen. Sämtliche kapitalistischen Zeitungen Dresdens berichten heute in großer Aufmachung von „neuen Plänen Moskaus zur Revolutionierung Deutschlands". In der Linie des gefälschten Obuch-Rundschreibens und unter schreienden Ueberschriften, wie z. B. „Das Aufmarschfeld Deutschlands" (Dresdner Anzeiger) wird das wüsteste Zeug und der dümmste Schwindel verbreitet, um Stimmung für das Verbot der Kommunistischen Partei zu machen.

Die kapitalistische und sozialfaschistische Presse entblödet sich dabei nicht, für den Mord der Polizei an den streikenden und demonstrierenden Arbeitern in Hartmannsdorf den Redakteur unseres Chemnitzer Bruderorgans, Genossen Goldhammer, verantwortlich zu machen. **Aber alle Versuche dieser arbeiterfeindlichen Front, einen Keil zwischen die Arbeiterschaft und ihre revolutionäre Kampfpartei zu treiben, werden elendiglich mißlingen.** Die Masseneintritte von Arbeitern in die Kommunistische Partei, die vielen Neubestellungen der Arbeiterstimme, **der große Widerhall, den die Einberufung des Landeskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition in der sächsischen Arbeiterschaft hervorgerufen hat, beweisen, daß die** Gewehrkugeln von Hartmannsdorf das Band zwischen der Arbeiterschaft und ihrer revolutionären Führerin, der **Kommunistischen Partei, und der revolutionären Gewerkschaftsopposition** fester und enger geschmiedet haben. Die Arbeiter wissen den Sinn und den Zweck der **Mordhetze**, der kapitalistisch-sozialfaschistischen Presse zu schätzen. Sie müssen jetzt diese Hetze damit beantworten, daß sie

diese Zeitungen, die den Arbeitermord verteidigen und verherrlichen, aus den Arbeiterwohnungen herauswerfen,

indem sie **in Massen in die Kommunistische Partei eintreten und ihre Presse, die Arbeiterstimme, lesen.** Für einen klassenbewußten Arbeiter ist es eine Schande, Mitglied der Partei der Noske, Zörgiebel, Edel und Böchel zu sein. **Kein Arbeiter darf noch** auf die Phrasen der „linken" Sozialdemokraten hereinfallen, die erst gestern im Sächsischen Landtag den brutalen Feuerüberfall der Polizei in Hartmannsdorf verteidigten.

Heraus aus der Partei des Klassenverrats und des Arbeitermordes!

Hinein in die Partei des Klassenkampfes, in die Partei Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Lenins!

SPD-Mordhetze zusammengebrochen

In der gestrigen Landtagssitzung machte der kommunistische Abgeordnete Genosse Siegel die sensationelle Mitteilung, daß der „Augenzeugenbericht" der sozialdemokratischen Lügenstimme in Chemnitz gefälscht ist. Der Augenzeuge, von dem die „Volksstimme" sagt, er stehe der Kommunistischen Partei nahe, richtete an die Redaktion des „Kämpfers", unser Bruderorgan in Chemnitz, ein Schreiben, in dem er betont, daß die „Volksstimme" seine Angaben in das direkte Gegenteil umgelogen hat.

Auf diesen „Augenzeugenbericht" stützt sich die Blathetze der Sozialdemokratie. Lügen sind das Fundament ihres schändlichen Handwerks für die Ausbeuter. Heraus aus dieser erbärmlichen Partei der Arbeitermörder! Kämpft mit der Kommunistischen Partei gegen die Diktatur des Finanzkapitals!

Ausnahmegesetz gegen kommunistische Abgeordnete

Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich gestern mit Anträgen der Aufhebung der Immunität, durch die nicht weniger als 6 kommunistische Abgeordnete, und zwar die Genossen Remmele, Ulbricht, Schneller, Maddalena, Kollwitz und Kippenberger betroffen werden. **Der Sozialdemokrat Heilmann erklärte, dem Antrag auf Aufhebung der Immunität für die bevorstehende Sessionsperiode des Reichstags in bezug auf Maddalena zuzustimmen.** Die SPD-Fraktion beantragte schließlich die Vertagung der Beschlußfassung über die Angelegenheit des Genossen Maddalena, um nicht vor der Arbeiteröffentlichkeit den sozialfaschistischen Kurs allzu offen zu zeigen. Die Arbeiterschaft wird allen Versuchen der Sozialfaschisten, die Kommunisten im Reichstag unter Ausnahmegesetz zu stellen, schärfsten Widerstand entgegensetzen und um die Immunität kämpfen.

Vorwärts im Geiste unserer großen Toten!

Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Gedächtniskundgebung

Freitag, 24. Januar, Ausstellungspalast

Programme zum Preise von 50 Pfennig sind erhältlich in der Expedition der Arbeiterstimme, Güterbahnhofstr. 2, im Literaturvertrieb, Viktoriastraße 21, bei den Zeitungsausträgern und allen Parteifunktionären.

Warum schweigen die Instanzen zu dem Colas-Skandal?

Die Arbeiterstimme brachte in mehreren Fällen einen Korruptionsskandal der Colas zur Kenntnis der Oeffentlichkeit, auf die bisher nur ganz lahme „Dementis" erfolgten. Wir haben die Colas der Korruption, des Betruges, der Bestechung von Beamten im Dienst bezichtigt. Die Regierung schweigt! Aber wir werden weiter enthüllen und in den nächsten Tagen die Regierung und auch die Sozialdemokratie zwingen, Stellung zu nehmen, so oder so. Die Arbeiterstimme wird den Sumpf des Kapitalismus aufzeigen und schon heute erklären wir:

Das Verhalten der Instanzen ist ein Beweis, daß sie diesen Skandal zu fürchten haben, wir betonen, daß sie für diese Verbrechen volle Verantwortung tragen.

Auftakt zum Verbot der KPD-Presse

Halle, 22. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern vormittag wurde die Druckerei unseres Bruderblattes, des „Klassenkampfes", in Halle von einem Aufgebot von 40 Kriminalbeamten und 80 Mann Schupo besetzt. Die Redaktion und sämtliche Parteiräume sowie die Räume des „Mitteldeutschen Echo" wurden einer Haussuchung unterzogen. Die Polizei mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen.